



Niederschrift

1. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin: Dienstag, 21.09.2010
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:30 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Hansen, Arne

Herr Behm, Joachim

Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen

Herr Brauer, Sven-Hilmer

Frau Glage, Annette

Frau Grote, Doris

Vertretung für: Herrn Bülow, René

Herr Plambeck, Ole-Christopher

Frau von der Mühlen, Dagmar

bis 20:50 Uhr (TOP 3.8) Vertretung
für: Herrn Schulz, Dietmar

Herr Wochnowski, Karlfried

Herr Ehlers, Marc-André

Vertretung für: Herrn Florschütz,
Mario

Frau Lange, Ulla

Herr Nawratil, Reinhold

Herr Blechschmidt, Danny

Vertretung für: Herrn Petersen, Helge

Herr Grawitter, Hans, Kreissenorenbeirat

Herr Freiberg, HVV

Herr Hübner, HVV

Herr Kretschmer, Vorstandsvorsteher WZV

Herr Mozer, SVG

Frau Landrätin Hartwig

bis 20:10 Uhr (TOP 3.5)

Herr Knoche, FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Falck, FDL Naturschutz und Landschaftspflege

Herr von Anshelm, FDL Wasser-Boden-Abfall

Herr Dr. Westphal, Regionalmanagement

Herr Eickstädt, Protokollführer

Abwesende:

Herr Bülow, René

entschuldigt

Herr Schulz, Dietmar	entschuldigt
Herr Florschütz, Mario	entschuldigt
Herr Petersen, Helge	entschuldigt
Herr Dutsch, Wolfgang	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Aufgaben des Ausschusses (Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche zur Vermeidung von Doppelzuständigkeiten mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Regionalentwicklung)
 - 3.2 Neues HVV-Prüfkonzept
 - 3.3 Organisation des ÖPNV in Schleswig-Holstein
Vorlage: DrS/2010/096
 - 3.4 Entwicklung der Buslinie 7600 nach Linienausbau
 - 3.5 Auswirkungen der geplanten Änderung der Finanzierung der Schülerbeförderungskosten (Streichung der 570.000 € Landesmittel)
 - 3.6 ÖPNV-Budget 2011 / Haushalt 2011 / Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses zur Haushaltskonsolidierung
 - 3.7 Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes des Kreises
 - 3.8 Klimaschutzkonzept für den Kreis Segeberg
Antrag Fraktion B90/Die Grünen
Vorlage: DrS/2010/097
- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Bericht über die Landgartenschau 2011
 - 4.2 Bericht über die Internationale Gartenschau 2013
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Informationen und Anfragen

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 2 Formalien

Der Vorsitzende verpflichtet das bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Ole-Christopher Plambeck auf gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben und führt ihn in sein Amt ein.

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungen zur Tagesordnung vorgebracht. Damit ist diese genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Aufgaben des Ausschusses (Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche zur Vermeidung von Doppelzuständigkeiten mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Regionalentwicklung)

Der Vorsitzende führt ein, dass die Aufgaben des Ausschusses in der Hauptsatzung geregelt seien. Der Bereich des Umweltverbundes sei klassischer Klimaschutz und damit in diesem Ausschuss angesiedelt. Ziel der Aufteilung der Aufgabengebiete sei eine Entlastung des PUA gewesen. Daneben habe sich der ÖPNV-Beirat überlebt und es habe die Notwendigkeit bestanden ein Gremium zu schaffen, welches beschlussberechtigt sei. Zum Bereich der Schülerbeförderung führt er aus, dass diese bisher im BKS-Ausschuss angesiedelt gewesen sei. Diese mache den größten Anteil am ÖPNV aus und werde daher zukünftig in diesem Ausschuss beraten. Herr Knoche ergänzt die Ausführungen des Vorsitzenden. Die Gliederung der Themen erfolge analog zu den Teilplänen, damit es bei den Budgetberatungen nicht zu Überschneidungen komme. Die Landrätin erklärt anschließend, dass der Kreistag die Aufgaben der Ausschüsse festgelegt habe. Dieses sei von Innenministerium genehmigt und könne nun nicht geändert werden. Herr Sass-Olker verweist in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen des BKS-Ausschussvorsitzenden zur Schülerbeförderung. Danach seien die Kosten der Schülerbeförderung weiterhin Thema des BKS-Ausschusses. Herr Mozer erklärt dazu, dass diese Trennung ein Mangel sei und dieses die Neuschneidung der Ausschüsse behoben werden solle. Abschließend erklärt der Ausschuss einstimmig, dass er der Neuschneidung entsprechend der Hauptsatzung zustimme.

zu 3.2 Neues HVV-Prüfkonzept

Herr Mozer erläutert einführend, dass sich der HVV mit seinem Prüfkonzept befasst habe und die Ergebnisse davon heute vorgestellt werden würden. Herr Hübner und Herr Freiberg vom HVV stellen anschließend das neue Prüfkonzept der HVV mittels einer Power Point Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll angefügt. Sie erläutern, dass der HVV offiziell eine Schwarzfahrerquote von 3,5 % angebe. Anschließend erläutern sie die wichtigsten Punkte des neuen Prüfkonzeptes. Dazu würde die Erhöhung der Prüfvorgaben um 50 %, die Vernetzung der Prüfdienste sowie ein Controlling beim HVV zählen. Weitere Details sind der anliegenden Präsentation zu entnehmen. Nutzen der Maßnahmen seien mehr Gerechtigkeit und Fairness sowie höhere Fahrgeldeinnahmen und dadurch Haushaltsentlastungen der ÖPNV-Aufgabenträger durch die Senkung der Schwarzfahrerquote. In der anschließenden Diskussion im Ausschuss weist Herr Behm daraufhin, dass häufig die umständliche Tarifgestaltung und Bedienung der Karten-

automaten der Grund dafür sei, dass falsche oder nicht ausreichende Fahrkarten benutzt werden würden. Dazu führt Herr Freiberg aus, dass diese Oberfläche verbessert worden sei und der Zielbahnhof könne direkt ausgewählt werden und so werde automatisch der richtige Tarif gewählt. Daneben weist er daraufhin, dass es zu zukünftig ein E-Ticket geben werde. Nach weiteren Beiträgen zur Tarifsituation dankt der Ausschuss für die gegebenen Informationen.

zu 3.3 Organisation des ÖPNV in Schleswig-Holstein

Vorlage: DrS/2010/096

Herr Mozer berichtet dem Ausschuss über das Gutachten zur Organisation des ÖPNV in Schleswig-Holstein. Die Kurzfassung des Gutachtens liegt den Ausschussmitgliedern vor. Die wichtigsten Punkte stellt der mittels einer Power Point Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll angefügt. Ergebnis sei, dass für die HVV-Kreise keinerlei Weiterentwicklungsbedarf festgestellt worden sei. Damit sei die Richtigkeit und Wirksamkeit der ÖPNV-politischen Entscheidungen des Kreises Segeberg bestätigt worden. Auf Nachfrage des Ausschusses erklärt Herr Mozer, dass er keine Möglichkeit sehe die Gesellschaften außerhalb des HVV in diesen zu integrieren. Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

zu 3.4 Entwicklung der Buslinie 7600 nach Linienausbau

Der Vorsitzende erläutert einleitend, dass die Taktung der Buslinie 7600 ein aus seiner Sicht guter Schritt gewesen sei. Er bittet Herrn Mozer darzustellen, ob diese Maßnahme angenommen werde. Herr Mozer führt dazu aus, dass es zwischen 2003 und 2008 einen Anstieg um 9 % gegeben habe. Nach der Ausweitung der Buslinie im Dezember 2008 sei die Nachfrage im Jahr 2009 um 51 % gestiegen. Ein attraktives Angebot mobilisiere die Nachfrage. Diese Entwicklung werde weiter beobachtet. Er gehe davon aus, dass es bis zu drei Jahre dauere, bis das volle Marktpotential ausgeschöpft sei. Eine Aussage dazu, welche Fahrten besonders nachgefragt werden würden, könne er heute nicht treffen, da er die entsprechenden Daten nicht zur Hand habe.

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft wird die Frage nach der Zahl Fahrten am Samstagen und Sonntagen der Linie 7600 gestellt. Dazu erklärt Herr Mozer, dass er diese Daten aktuell nicht zur Verfügung habe.

zu 3.5 Auswirkungen der geplanten Änderung der Finanzierung der Schülerbeförderungskosten (Streichung der 570.000 € Landesmittel)

Der Vorsitzende erläutert dem Ausschuss den Sachverhalt. Das Land übernehme zukünftig keine Kosten für die Schülerbeförderung mehr. Dem Kreis Segeberg würden damit 570.000 Euro fehlen. Herr Mozer ergänzt, dass es sich dabei um Mittel aus dem Deal zwischen den Kommunen und dem Bildungsministerium handle, nachdem die Elternbeteiligung zurückgenommen worden sei. Aktuell stünde das Schulgesetz erneut vor einer Änderung und die Möglichkeit der Elternbeteiligung solle wieder aufgenommen werden. Dies sei dann eine Möglichkeit zur Kompensation. Nach einer kurzen Diskussion darüber, wie sich die Finanzierung der Schülerbeförderung zusammen setzt verständigt sich der Ausschuss darauf, dass die Verwaltung dieses Thema zu nächsten Sitzung aufbereiten solle. Herr Ehlers erklärt anschließend, dass der Kreis diese Mittel in Höhe von 570.000 Euro nicht aufbringen könne. Dieser Betrag dürfe jedoch auch nicht auf den Schulträger verlagert werden. Dafür sei Bildung von zu großer Bedeutung. Herr Sass-Olker verweist anschließend auf den Beschluss des BKS-Ausschuss dazu. Danach solle der Kreishaushalt nicht weiter belastet werden und es müsse über eine Elternbeteiligung nachgedacht werden. Herr Blechschmidt betont anschließend, dass Bildung kostenfrei und unabhängig von den Finanzen sein müsse, daher dürften die Eltern nicht belastet werden. Abschließend verständigt sich der Ausschuss darauf dieses Thema in der nächsten Sitzung erneut aufzunehmen.

zu 3.6 ÖPNV-Budget 2011 / Haushalt 2011 / Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses zur Haushaltskonsolidierung

Der Vorsitzende verweist auf den Beschluss des Hauptausschusses, dieser habe vorgegeben, dass in diesem Bereich eine Reduzierung von 10 % erreicht werden solle. Er bittet um eine Ein-

schätzung, inwieweit dieses ohne Angebotsreduzierung möglich sei. Dazu führt Herr Dr. Westphal aus, dass der Satz von 10 % nicht ganz habe erreicht werden können. Es könne eine Einsparung von 8,3 % erzielt werden. Grund dafür sei, dass der Zuschussbedarf des Kreises zum ÖPNV um 10 % reduziert werde. Die Summe der Abschreibungen solle davon jedoch unberührt bleiben, damit ergebe sich eine Einsparung von 8,3 %. Anschließend erläutert er die einzelnen Zahlen des ÖPNV-Budgets. Da in den Fraktionen noch Beratungsbedarf bestehe verständigt sich der Ausschuss darauf heute keine Empfehlung auszusprechen.

zu 3.7 Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes des Kreises

Herr Dr. Westphal führt aus, dass der Kreis Segeberg ein Radverkehrskonzept aus dem Jahr 2005 habe. Daneben gebe es ein Radverkehrskonzept des Landes Schleswig-Holstein. Dieses sei bereits novelliert worden. Bei der Fortschreibung des Konzeptes des Kreises sei es wichtig dieses auf dasselbe Niveau zu bringen wie das des Landes. Denn alle Zuschüsse würden an die Aussagen des Landesverkehrskonzeptes gebunden. Inhaltlich gehe es darum, dass das Alltagsnetz, das Schulradverkehrsnetz und das Freizeitverkehrsnetz angepasst werden. Die Ausschreibung habe ergeben, dass das Büro Lebensraum Zukunft mit der Fortschreibung beauftragt worden sei. Dieses habe bereits das erste Konzept erstellt. Anschließend erläutert er den Zeitplan. Dieser ist dem Protokoll angefügt. Geplant sei die Fertigstellung für Juli 2011. Herr Brauer weist daraufhin, dass der Radverkehr von Wohnort zum Arbeitsplatz ebenfalls berücksichtigt werden sollte. Dazu erklärt Herr Dr. Westphal, dass dies ein wichtiger Punkt sei, dieser jedoch auf Landesebene angesiedelt sein sollte. Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

zu 3.8 Klimaschutzkonzept für den Kreis Segeberg Antrag Fraktion B90/Die Grünen Vorlage: DrS/2010/097

Der Vorsitzende erläutert zu Beginn des Tagesordnungspunktes den Antrag seiner Fraktion. Das Thema Klimaschutz sei von großer Bedeutung, daher bitte er darum dem vorliegenden Prüfauftrag an die Verwaltung zuzustimmen. Im Anschluss begründet Herr Sass-Olker den Antrag der SPD-Fraktion. Dabei handle es sich ebenfalls um einen Prüfauftrag. Beide erklären, dass die Anträge kombiniert werden könnten. Danach berichtet Herr Dr. Westphal, was es bisher in der Verwaltung zu diesem Thema gegeben habe. 1992 sei ein Energiekonzept erstellt worden, welches bis zum Jahr 2002 jährlich aktualisiert worden sei. Der Grund dafür, warum diese nicht fortgeführt worden sei, liege darin, dass die Energieversorger nicht mehr in der Lage seien kreisbezogene Daten zu liefern. Darüber hinaus wäre die Fortschreibung Aufgabe der GMSE. Daneben führt er aus, dass es sich bei einem solchen Konzept um eine umfangreiche Aufgabe handle, wofür in der Verwaltung die nötigen Kapazitäten bereitgestellt werden müssten. Herr Knoche ergänzt dazu, dass es sich dabei um eine freiwillige Aufgabe handle, für welche die Verwaltung keine Kapazitäten mehr habe, das nötige Personal fehle. Herr Behm stellt anschließend fest, dass es bei dem Antrag der Fraktion B90/Die Grünen darum gehe die nötigen Arbeitsgrundlagen bereitzustellen, wohingegen der Antrag der bereits von zusätzlichem Personal spreche. Frau Glage und Herr Wochnowski erklären, dass dieses Thema von großer Bedeutung sei. Daher solle dieses zunächst in den Fraktionen beraten werden und in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung aufgenommen werden. In der anschließenden Diskussion, wie weiter mit der Thematik umgegangen werden solle, erklärt Herr Dr. Westphal, dass er zu nächsten Sitzung einige Informationen zusammen tragen könne und eine entsprechende Vorlage erstellen könne. Dieses nimmt der Ausschuss auf und beauftragt die Verwaltung einstimmig zur nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage zu erstellen.

Anschließend verständigt sich der Ausschuss darauf die Berichtspunkte 4.1 und 4.2 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Frau Grote macht dem Ausschuss den Vorschlag, dass Herr Oberbürgermeister Grote den Aus-

schuss an einem gesonderten Termin über das Gelände der Landesgartenschau führen könne. Dieses nimmt der Ausschuss positiv auf. Der Vorsitzende werde sich wegen eines Termins mit Herrn Grote in Verbindung setzen.

Herr Knoche informiert über die Philips city.people.light Tour 2010 am 12.10.10. Die entsprechende Einladung ist den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Frau Lange verweist auf Punkt 28 der Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung der Vorlage DrS/2010/075. Danach solle der Fachausschuss dieses Thema prüfen. Dazu erklärt der Vorsitzende, dass er dieses für die nächste Sitzung vorgesehen habe.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Arne Hansen
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)